

A. Bekanntmachungen des Landkreises Leer	Seite
---	--------------

■ **Amt III/61**

Öffentliche Bekanntmachung über die Eintragung von Wallhecken gem. § 14 Abs. 9 Satz 1 und § 22 Abs. 3 des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes zum Bundesnaturschutzgesetz (NAGBNatSchG) vom 19.02.2010 (Nds. GVBl. S. 104) 121

■ **Amt III/68**

Wasserrechtliches Bewilligungsverfahren; Verzicht auf Umweltverträglichkeitsprüfung 121

■ **Amt I/80**

Bestätigungsvermerk zum Jahresabschluss 2011 Touristik GmbH „Südliches Ostfriesland“ 121 – 122

B. Bekanntmachungen der Städte, Gemeinden, Samtgemeinden und Verbände	Seite
--	--------------

■ **Stadt Weener**

87. Änderung des Flächennutzungsplanes, Teilbereich 1 (1. Änderung der Neufassung von 2011), für einen Bereich nördlich Gasthuslohne 122 – 123

■ **Gemeinde Brinkum**

Hundesteuersatzung der Gemeinde Brinkum 123 – 125

■ **Gemeinde Westoverledingen**

Aufstellung der 1. Änderung des Bebauungsplanes F18 „Beidseits der Bürgermeister-Wever-Straße“ in der Ortschaft Flachsmeer, im vereinfachten Verfahren nach §13 BauGB 125

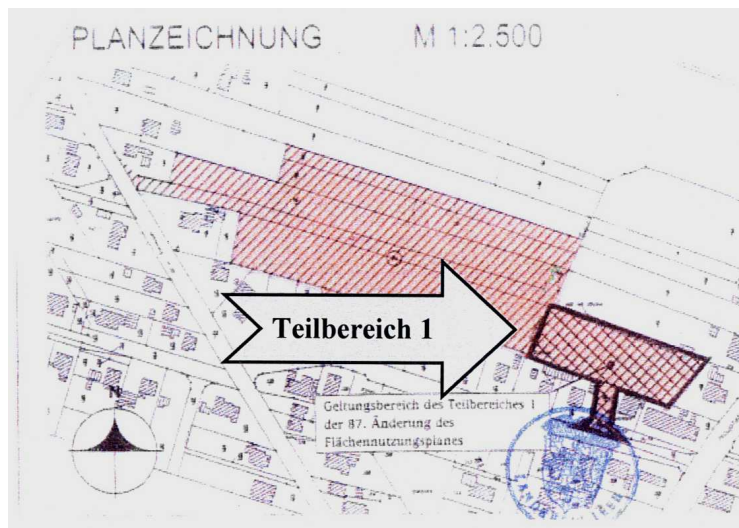
C. Sonstiges	Seite
---------------------	--------------

Bauleitplanung der Stadt Weener (Ems)

87. Änderung des Flächennutzungsplanes, Teilbereich 1 (1. Änderung der Neufassung von 2011), für einen Bereich nördlich Gasthuslohne

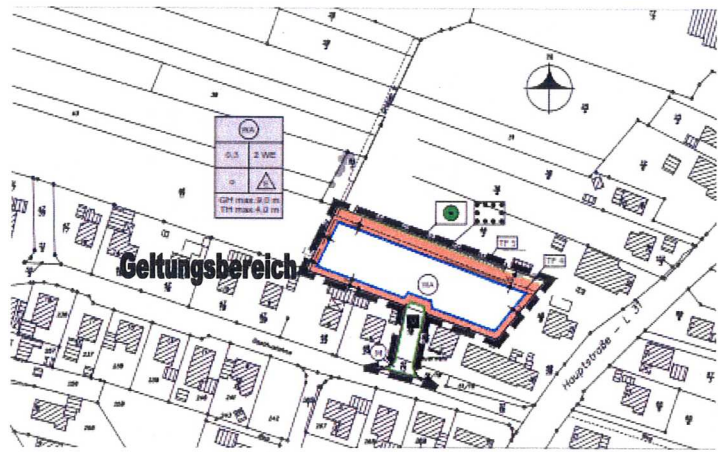
Der Landkreis Leer hat gemäß § 6 des Baugesetzbuches (BauGB) mit Verfügung vom 13.08.2013 - I-II/61P.12-692/11 - die vom Rat der Stadt Weener (Ems) am 27.09.2012 beschlossene 87. Änderung des Flächennutzungsplanes, und zwar den Teilbereich 1, genehmigt.

Die 87. Änderung des Flächennutzungsplanes Teilbereich 1 umfasst einen Bereich nördlich der Straße „Gasthuslohne“. Hier wird u. a. eine Wohnbaufläche dargestellt. Der Planbereich wird von der Straße Gasthuslohne erschlossen. Der Änderungsbereich ist aus dem nachfolgenden Kartenausschnitt ersichtlich.



Bebauungsplan Nr. 133 S „Nördlich Gasthuslohne“,
Teil A, für einen Bereich nördlich der Gasthuslohne

Der Rat der Stadt Weener (Ems) hat in seiner Sitzung am 27.09.2012 den Bebauungsplan Nr. 133 S „Nördlich Gasthuslohne“ Teil A als Satzung beschlossen. Das Plangebiet beinhaltet u. a. die Festsetzung eines Allgemeinen Wohngebietes. Der Geltungsbereich ist aus dem nachstehenden Kartenausschnitt ersichtlich.



Die genehmigte 87. Änderung des Flächennutzungsplanes, Teilbereich 1, und der Bebauungsplan Nr. 133 S „Nördlich Gasthuslohne“ Teil A mit Begründungen mit Anlagen, Umweltbericht, Schallgutachten und den zusammenfassenden Erklärungen gemäß § 6 (5) und 10 (4) BauGB liegen vom Tage der Ausgabe dieses Amtsblattes im Rathaus der Stadt Weener, Osterstraße 1, 26826 Weener, Zimmer 33, öffentlich aus und können während der Dienststunden oder außerhalb dieser Zeit nach Vereinbarung von jedermann eingesehen werden und über deren Inhalt Auskunft verlangen.

Mit der Rechtsverbindlichkeit des Bebauungsplanes Nr. 133 S treten die Teile des Bebauungsplanes Nr. 31 S „Stapelmoor Nord“ außer Kraft, die vom Bebauungsplan Nr. 133 S erfasst sind.

Mit dieser Bekanntmachung wird die 87. Änderung des Flächennutzungsplanes Teilbereich 1 gemäß § 6 Abs. 5 Baugesetzbuch rechtswirksam und der Bebauungsplan Nr. 133 S „Nördlich Gasthuslohne“ Teil A, gemäß § 10 BauGB, in der z. Zt. geltenden Fassung, rechtsverbindlich.

Es wird darauf hingewiesen, dass gem. §§ 233 Abs. 2 i. V. m. 215 BauGB (i. d. F. der Bek. vom 27.08.1997, BGBl. I S. 2141, ber. 1998 S. 137, zuletzt geändert durch Art. 1 G vom 24.06.2004, BGBl. I S. 1359 bzw. durch das Gesetz zur Erleichterung von Planungsvorhaben für die Innenentwicklung der Städte vom 21.12.2006, BGBl. Teil I Nr. 64 S. 3316),

- a) eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 bis 3 BauGB der dort näher bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
- b) eine Verletzung der Vorschriften unter der Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 und 2a) BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis der Flächennutzungsplanänderung und des Bebauungsplanes und
- c) nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB gemäß § 215 Abs. 1 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,

nur dann unbeachtlich sind, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Stadt Weener (Ems) geltend gemacht

worden ist. Der Sachverhalt, der die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften oder den Mangel der Abwägung begründen soll, ist darzulegen.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 des Baugesetzbuches (BauGB) über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche, deren Leistung schriftlich beim Entschädigungspflichtigen zu beantragen ist, für Eingriffe in eine bisher zulässige Nutzung durch die Flächennutzungsplanänderung und den Bebauungsplan und über das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Weener, den 02.09.2013

Stadt Weener (Ems)
Der Bürgermeister
Wilhelm Dreesmann

Hundesteuersatzung der Gemeinde Brinkum

Aufgrund der §§ 10, 58 und 111 Abs. 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12.12.2012 (Nds. GVBl. S. 589), und des § 3 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) vom 23.01.2007 (Nds. GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.07.2012 (Nds. GVBl. S. 279), hat der Rat der Gemeinde Brinkum in seiner Sitzung am 20.08.2013 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Steuergegenstand

Gegenstand der Steuer ist das Halten von mehr als drei Monate alten Hunden im Gemeindegebiet. Wird das Alter eines Hundes nicht nachgewiesen, so ist davon auszugehen, dass er älter als drei Monate ist.

§ 2

Steuerpflicht, Haftung

(1) Steuerpflichtig ist, wer einen Hund oder mehrere Hunde in seinem Haushalt, Betrieb, seiner Institution oder Organisation für Zwecke der persönlichen Lebensführung aufgenommen hat. Als Halterin/Halter des Hundes gilt auch, wer einen Hund im Interesse einer juristischen Person hält. Als Halterin/Halter des Hundes gilt ferner, wer einen Hund in Pflege oder Verwahrung genommen hat oder auf Probe oder zum Anlernen hält, wenn sie/er nicht nachweisen kann, dass der Hund in der Bundesrepublik Deutschland bereits versteuert oder steuerfrei gehalten wird. Die Steuerpflicht tritt in jedem Fall ein, wenn die Pflege, Verwahrung oder die Haltung auf Probe oder das Anlernen den Zeitraum von zwei Monaten überschreitet.

(2) Alle nach Abs. 1 aufgenommenen Hunde gelten als von ihren Haltern gemeinsam gehalten. Halten

mehrere Personen gemeinschaftlich einen Hund oder mehrere Hunde, so sind sie Gesamtschuldner.

§ 3

Steuermaßstab und Steuersätze

(1) Die Steuer wird nach der Anzahl der gehaltenen Hunde bemessen. Sie beträgt jährlich:

a) für den ersten Hund	36,00 EUR
b) für den zweiten Hund	60,00 EUR
c) für jeden weiteren Hund	72,00 EUR
d) für den ersten gefährlichen Hund	708,00 EUR
e) für den zweiten gefährlichen Hund	852,00 EUR
f) für jeden weiteren gefährlichen Hund	960,00 EUR

(2) Hunde, die steuerfrei gehalten werden dürfen (§§ 4 und 5), werden bei der Berechnung der Anzahl der gehaltenen Hunde nicht berücksichtigt.

(3) Gefährliche Hunde im Sinne von Absatz 1 Buchstaben d-f sind solche Hunde, bei denen nach ihrer besonderen Veranlagung, Erziehung und/oder Charaktereigenschaft die erhöhte Gefahr einer Verletzung von Personen besteht oder von denen eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit ausgehen kann. Gefährliche Hunde in diesem Sinne sind insbesondere auch diejenigen Hunde, die bereits in der Öffentlichkeit durch eine gesteigerte Aggressivität aufgefallen sind, insbesondere Menschen und Tiere gebissen oder sonst eine über das natürliche Maß hinausgehende Kampfbereitschaft, Angriffslust oder Schärfe gezeigt haben, soweit die zuständige Behörde die Gefährlichkeit nach § 3 Abs. 3 Niedersächsisches Hundegesetz festgestellt hat.

Gefährliche Hunde im Sinne dieser Vorschrift sind Hunde der Rassen: Mastino Neapolitano, Fila Brasileiro, Dogue-Bordeaux, Matino Espaniol, Dog Argentino, Chinesischer Kampfhund, American Staffordshire Terrier, Staffordshire Bullterrier, Bullterrier, Pitbull-Terrier sowie deren Kreuzungen untereinander oder mit anderen Hunden.

§ 4

Steuerfreiheit

Bei Personen, die sich nicht länger als zwei Monate im Gemeindegebiet aufhalten, ist das Halten derjenigen Hunde steuerfrei, die sie bei ihrer Ankunft besitzen und nachweislich in einer anderen Gemeinde/Stadt innerhalb der Bundesrepublik Deutschland versteuern oder dort steuerfrei halten.

§ 5

Steuerbefreiung

(1) Steuerbefreiung ist auf Antrag zu gewähren für das Halten von

1. Diensthunden staatlicher und kommunaler Dienststellen und Einrichtungen, deren Unterhaltskosten ganz oder überwiegend aus öffentlichen Mitteln